

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 25.06.2009
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Heidi Buskase	Gronau	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Martin Dirking	Velen	
Dietmar Eisele	Ahaus	bis TOP 11, 18.30 Uhr
Manfred Epping	Schöppingen	ab TOP 14, 18.35 Uhr
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Heinz Gerwens	Borken	
Veronika Giesing	Isselburg	
Hermann Horstick	Gescher	bis TOP 14, 19.05 Uhr
Hans Hund	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Anne König	Borken	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	ab TOP 1, 17.15 Uhr
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Gerda-Marie Möller	Reken	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Dorothee Pieper	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Werner Schnappenberger	Borken	

Bernd Schöning	Stadtlohn
Markus Schulte	Gronau
Ursula Schulte	Vreden
Friedel Sebastian	Raesfeld
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Gerhard Temminghoff	Vreden
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnies	Heiden
Bernhard Völkering	Gronau
Gabriele Wahle	Ahaus
Heinrich Weddeling	Südlohn
Friedhelm Weikamp	Rhede
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

bis TOP 15, 20.25 Uhr

Es fehlen entschuldigt:

Karlheinz Busen	Gronau
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Bernd Schlipsing	Vreden
Rudolf-Josef Schmitz	Heek
Holger Weiß	Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:08 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er weist auf Vertreter des regionalen Fernsehsenders WM-TV hin, die Teile der Sitzung aufzeichnen werden. Die Kreistagsabgeordneten erklären sich hiermit einverstanden.

Sodann stellt Landrat Gerd Wiesmann fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Weiterhin stellt er Einvernehmen fest, die Tagesordnung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidung nach § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag im öffentlichen Teil um den **Punkt 16 „Auswirkungen der Finanzkrise im Kreis Borken, Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2009, Sitzungsvorlage Nr. 0171/2009“** zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Punkt 1.1: Ersatzneubau der 380-kV-Hochspannungsleitung Diele-Niederrhein

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues beantwortet die von Herrn Paul Wissing, Raesfeld, vorgetragene Einwohnerfrage und weist auf die ausgelegte schriftliche Antwort hin, siehe **Anlage 1**.

Auf die Zusatzfragen von Herrn Paul Wissing antwortet Landrat Gerd Wiesmann, natürlich würde er einen Antrag der RWE, HGÜ-Technik (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) einzusetzen, unterstützen. Die Bürgerinitiative werde im weiteren Verfahren wie im vergangenen Jahr beteiligt. Der Kreis Borken habe ein Interesse an einem offenen Verfahren.

Punkt 1.2: Osttangente in Rhede

Landrat Gerd Wiesmann teilt mit, es habe eine weitere Einwohnerfrage zur Osttangente in Rhede vorgelegen. Hierbei habe es sich allerdings nicht um eine Kreisangelegenheit gehandelt. Absprachegemäß seien die Fragen schriftlich beantwortet worden.

Punkt 2: Abstimmung des Verfahrens und des Zeitplans zur Besetzung der Stelle des Kreisdirektors Vorlage: 0164/2009

Berichterstatter/in:

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss:

einstimmig

Das vorgesehene Verfahren, der Zeitplan und der Ausschreibungstext zur Besetzung der Stelle des Kreisdirektors/der Kreisdirektorin werden genehmigt. Die Stelle des Kreisdirektors/der Kreisdirektorin wird in den aufgeführten Medien ausgeschrieben.

Punkt 3: Leitbild für den Kreis Borken – Bilanz 2009
Vorlage: 0145/2009

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann verdeutlicht, die Bilanz zum Leitbild für den Kreis Borken dürfe nicht einseitig als Bilanz über die Arbeit der Kreisverwaltung oder der Politik missverstanden werden. Nach der Kommunalwahl sei beabsichtigt, die Bilanz zum Leitbild für den Kreis Borken als gestaltete Broschüre zu veröffentlichen.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp erklärt, sie sei über die vielen positiven Punkte erfreut. Zu den Punkten Allianz für die Fläche und Allianz für den Klimaschutz (S. 2), Europaprojekt, Kooperation und Partnerschaft mit dem Landkreis Breslau (S. 4), Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden (S. 7), Der rote Faden der Netzwerke im Kreis (S. 8), Gleichstellung, Bildungs- und Qualifizierungschancen (S. 8, 9), Zukunftsprojekte/ REGIONALE 2016 habe sie Vorschläge für eine Überarbeitung. Ihre Ideen werde sie der Verwaltung im Einzelnen zukommen lassen.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., regt an, im Leitbild auch auf die Facharzt- und Notarztversorgung einzugehen.

Landrat Gerd Wiesmann bedankt sich für die Anregungen und sichert zu, diese, soweit es möglich ist, zu berücksichtigen. Die Broschüre dürfe nicht zu überladen sein, damit die Motivation der Bürger/innen, sie auch zu lesen, nicht genommen werde.

Die Bilanz 2009 zum Leitbild für den Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Bericht über die Arbeit des Netzwerks Westmünsterland e.V.
Vorlage: 0128/2009

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, der Kreis Borken gehöre mit seinem Verbundpartner „Netzwerk Westmünsterland e.V.“ und dem Beitrag: „LoGiK – Lernen ohne Grenzen im Kreis Borken“ zu den Gewinnern des bundesweiten Wettbewerbs „Lernen vor Ort“. Die Urkunde habe ihm die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Frau Cornelia Quennet-Thielen, am 17.06.2009 überreicht. Von insgesamt 200 Bewerbern hätten nun 40 den Zuschlag bekommen. Die Umsetzung des Projektes erfolge im künftigen Bildungsbüro der Kreisverwaltung Borken. Nachdem der Bewilligungsbescheid vorliege, werde das Projekt im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport und in der Öffentlichkeit im Einzelnen dargestellt.

Der Kreistag nimmt die Übersicht über die Aktivitäten des Netzwerk Westmünsterland e. V. und den Zwischenbericht zum Projekt „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“ zur Kenntnis.

Punkt 5: Neufassung der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: 0147/2009

Berichtersteller/in: Lfd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., äußert große Bedenken im Hinblick auf die Entwicklung bei der notärztlichen Versorgung, die im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 17.06.2009 vorgestellt worden sei. Zwei Notdienststandorte und zwei Notfahrdienste für den

Kreis Borken sowie die Lastenverschiebung von der Kassenärztlichen Vereinigung hin zu den Kreisen könnten so nicht akzeptiert werden. Die weitere Entwicklung solle kritisch beobachtet werden.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick unterstreicht, der Kreis Borken halte die Entwicklung sehr sorgfältig im Auge. Die Problematik würde von den Kreisen auf unterschiedliche Weise angegangen. Eine Kostenverschiebung zu Lasten der Kreise liege nicht vor, da die Krankenkassen Kostenträger blieben.

Kreistagsabgeordneter Stilkenbäumer erklärt, er befürchte eine zu starke Inanspruchnahme des Rettungsdienstes bei nur noch zwei vorhandenen Notdienststandorten.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Saatkamp antwortet Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, in einem Notfall sei natürlich die Leitstelle über den Notruf 112 einzuschalten. In aller Regel werde dann auch der Notarzt geschickt.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren.

**Punkt 6: Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Münster und das Oberverwaltungsgericht für das Land NRW
Vorlage: 0125/2009**

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die bislang eingereichten, ausliegenden Vorschläge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion hin. Entgegen der Darstellung in der Sitzungsvorlage müsse bei Anwendung des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens hinsichtlich der Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Münster *kein* Losverfahren durchgeführt werden. Die Gemeinde Raesfeld habe mitgeteilt, dass Frau Rita Müller versehentlich in die Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Münster aufgenommen worden sei und nicht vom Kreistag vorgeschlagen werden solle.

Kreistagsabgeordnete Weddelling, Welper und Schöning bitten folgende Personen in die Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht Münster aufzunehmen: Herrn Martin Dirking und Herrn Holger Beeke, Frau Helga Gliem sowie Herrn Michael Knuf.

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim **Verwaltungsgericht Münster** abstimmen.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., erklärt sich bei dieser Abstimmung für befangen und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss: einstimmig bei einer Enthaltung

In die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim **Verwaltungsgericht Münster** werden aufgenommen:

Ifd. Nr.	
1.	Gerd Hilbing, Vreden
2.	Rainer Nolden, Velen
3.	Claus-Dieter Kuglarz, Stadtlohn
4.	Alfons Böckenhoff, Südlohn
5.	Julia Roters, Schöppingen

6.	Paul Teriete, Rhede
7.	Heinz Hagemann, Reken
8.	Elisabeth Mecking, Raesfeld
9.	Agatha Wiyneck, Legden
10.	Friedhelm Hüting, Isselburg
11.	Bernhard Wissing, Heiden
12.	Bernhard Probst, Heek
13.	Hermann Cantzen, Gronau
14.	Alois Ossing, Borken
15.	Silke Sommers, Bocholt
16.	Dorothea Stange, Ahaus
17.	Christian Breuer, Gronau
18.	Annette Wessels, Bocholt
19.	Martin Huesmann, Ahaus
20.	Kurt Hellenkamp, Borken
21.	Paul Schulte, Vreden
22.	Berthold Hoevestaedt, Rhede
23.	Martin Dirking, Velen
24.	Holger Beeke, Gescher
25.	Helga Gliem, Borken
26.	Michael Knuf, Stadtlohn

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter/innen **beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen** abstimmen.

Beschluss: einstimmig

In die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen werden aufgenommen:

lfd. Nr.	
1.	Hans-Peter Flinks, Borken
2.	Alfons Theseling, Gescher
3.	Helmut Felkel, Heiden
4.	Annette Kroschner, Legden
5.	Hubert Wigger, Schöppingen
6.	Brigitte Eckers, Bocholt

**Punkt 7: Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Sozialgericht
Münster
Vorlage: 0126/2009**

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die bislang eingereichten, ausliegenden fünf Vorschläge der CDU-Fraktion hin.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn benennt als sechste Person Herrn Georg Meirick.

Beschluss: einstimmig

In die Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht Münster für Streitverfahren nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz werden aufgenommen:

Lfd. Nr.	
1.	Andreas Pieper, Stadtlohn
2.	Burkhard John, Gronau
3.	Annette Demes, Ahaus
4.	Maria Bone-Hedwig, Südlohn
5.	Carsten Wendler, Velen
6.	Georg Meirick, Heiden

**Punkt 8: Erdverkabelung der 380 kV-Hochspannungsleitung Wesel/ Niederrhein –
Diele**

- Sachstandsbericht
Vorlage: 0115/2009
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.02.2009
Vorlage: 0036/2009
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.05.2009
Vorlage: 0110/2009

Berichtersteller/in: Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den im Ausschuss für Umweltschutz am 09.06.2009 und im Kreisausschuss geändert gefassten Beschlussvorschlag hin und lässt dann über diesen beschließen:

Beschluss: einstimmig

Der Landrat wird beauftragt, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Kreises und aller betroffenen Städte und Gemeinden mit dem zuständigen Übertragungsnetzbetreiber, der RWE Transportnetz GmbH, Gespräche zu führen mit dem Ziel, die durch das neue Gesetz eröffneten Möglichkeiten zur Erdverkabelung im Kreis Borken umfassend umzusetzen.

Die sich in Planung befindende Trasse entspricht an vielen Stellen den Vorgaben des Gesetzes bezüglich der Mindestabstände zur Wohnbebauung von 400 Metern bei geschlossener Bebauung und 200 Metern im Außenbereich. Der Übertragungsnetzbetreiber wird aufgefordert, die geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten zum Wohle der betroffenen Anlieger

auszuschöpfen und in den betroffenen Gemeinden im Kreis Borken die Höchstspannungsleitungen mittels Erdverkabelung zu verlegen. Dabei wird gefordert, dass der Einsatz von Erdkabeln auf Teilstrecken zum Schutz von Menschen, Landschaft und Umwelt vorrangig festgelegt wird. Um große gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, werden die Bürgerinitiativen in diesen Prozess eingebunden.

Punkt 9: Den Kreis Borken zum Vorbild für die sparsame und klimafreundliche Stromversorgung machen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner vom 04.05.2009
Vorlage: 0105/2009

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper und Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Kreistagsabgeordnete Dannenbaum erklärt, der Deutsche Bundestag sei aus guten Gründen zu LichtBlick gewechselt, die preislich wie ökologisch überzeugten. Dies sei auch ein Beitrag zur Minderung des CO²-Ausstoßes. Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden.

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues verweist hierzu auf seinen mündlichen Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen am 10.06.2009.

Kreistagsabgeordneter Hund erklärt, er unterstütze zwar den Bezug von Ökostrom, es fehle aber eine Aussage zu den entstehenden Mehrkosten. Deshalb werde er sich enthalten.

Kreistagsabgeordneter Steiner gibt an, der Deutsche Bundestag habe durch die Ausschreibung sogar Geld gespart.

Kreistagsabgeordneter Eisele berichtet, Herr Sonntag habe Mehrkosten von weniger als 400 EUR jährlich genannt. Es gehe auch darum, die örtlichen Stadtwerke zu stärken.

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen am 10.06.2009 und im Kreisausschuss am 18.06.2009 geändert gefassten Beschlussvorschlag hin und lässt hierüber abstimmen:

Beschluss: einstimmig bei einer Enthaltung

Der Kreistag begrüßt die bisherigen Bemühungen der Kreisverwaltung, im Rahmen des vorhandenen Budgets bei der Beschaffung von elektrischer Energie verstärkt Ökostrom zu nutzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Bemühungen verstärkt fortzusetzen, um im Rahmen der bisherigen Beschaffungslinie möglichst bald ausschließlich Strom einzukaufen, der aus erneuerbaren Energien nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erzeugt wurde. Soweit erforderlich, wird die Verwaltung hierzu dem Ausschuss entsprechende Beschlussvorlagen vorlegen.

Im Rahmen der jährlichen Energieberichterstattung ist künftig durch die Verwaltung auch zu erläutern, inwieweit der elektrische Energiebedarf aus dem Bezug von Ökostrom abgedeckt wurde.

Punkt 10: Abschaffung der Jagdsteuer

- **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2009**
Vorlage: 0106/2009
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2009**
Vorlage: 0169/2009
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2009**
Vorlage: 0135/2009
-

Berichterstatter/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte/ Stv. Fraktionsvorsitzender Hans-Theo Peschkes
Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies

Landrat Gerd Wiesmann weist auf den im Kreisausschuss geänderten Beschlussvorschlag des Antrags der CDU-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0135/2009**, hin.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., berichtet, Kreistagsabgeordneter Schulte, M., habe in der vergangenen Sitzung des Kreistages erklärt, dem Kreis Borken entstehe als Straßenbaulastträger eine Einsparung von 200.000 EUR, da die Jäger das Fallwild entsorgten. Sie frage sich weiterhin, ob diese Zahl reel ist und was mit dem Fallwild geschehe. Desweiteren halte sie die Umweltbildung, die im Gesetzentwurf (Drucksache: 14/8884, Landtag NRW) als eine Gegenleistung der Jägerschaft aufgeführt werde, nicht für eine Aufgabe der Jäger, sondern vielmehr der Förster.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., teilt mit, er sei von 6.600 Fallwildfällen pro Jahr ausgegangen, die allerdings nicht nur Kreisstraßen betreffen würden. Insoweit müsse er sich korrigieren. Der Betrieb Schaap in Heek berechne für die Entsorgung von Unfallwild 29 EUR. Hinzu kämen Kosten für die gefahrenen Kilometer. Das Fallwild werde nicht verkauft.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick erläutert, der Anteil der Kreisstraßen am öffentlichen Straßennetz im Kreis Borken liege bei 9,5 %. Insgesamt ergebe sich für alle Straßenbaulastträger schon eine beträchtliche Einsparung.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, Jäger würden bereits Angebote im Bereich der Umweltbildung machen, z.B. im Informationszentrum im Tiergarten Schloss Raesfeld. Die Beurteilung der Angebote sollte den Lehrerinnen und Lehrern bzw. Eltern überlassen bleiben.

Kreistagsabgeordneter Eisele spricht sich dafür aus, die Worte „begrüßt die Abschaffung der Jagdsteuer“ im geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion entfallen zu lassen und so einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Weddeling sagt Kreistagsabgeordneter Steiner, er begrüße weiterhin die Abschaffung der Jagdsteuer, halte eine gemeinsame Verabschiedung aber ebenfalls für sinnvoll.

Kreistagsabgeordneter Schöning hält die Begründung für die geforderte Kompensation für widersprüchlich. Die Jäger würden aus der Zahlungspflicht entlassen, da entsprechende Einsparungen vorlägen. Dennoch solle die entgangene Jagdsteuer – letztlich vom Steuerzahler – kompensiert werden.

Landrat Gerd Wiesmann weist darauf hin, dass sich ein Beschluss über den ersten Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2009, **Sitzungsvorlage Nr. 0106/2009**, wegen des neuen Antrages vom 14.06.2009, **Sitzungsvorlage Nr. 0169/2009**, erledigt habe. Er lässt sodann über diesen abstimmen:

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
39 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt anschließend über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0135/2009**, und hier über die Sätze 1 und 2 des Beschlussvorschlages getrennt – wie bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2009 – abstimmen:

Beschluss zu Satz 1: 35 Ja-Stimmen
 18 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Der Kreistag des Kreises Borken begrüßt die Abschaffung der Jagdsteuer.

Beschluss zu Satz 2: 36 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 15 Enthaltungen

Der Kreistag des Kreises Borken fordert die Landesregierung auf, die entstehenden Einnahmeausfälle tatsächlich zu kompensieren.

- Punkt 11: UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen / Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen**
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2009**
 Vorlage: 0107/2009
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2009**
 Vorlage: 0133/2009
-

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordneter Bernd Völkering/ Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
 Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies

Kreistagsabgeordneter Völkering betont, Mitglieder des Ausschusses für Schule, Bildung, Kultur und Sport hätten in der Sitzung am 15.06.2009 die Absicht erklärt, Beschlüsse erst nach einer Expertenanhörung im September zu fassen. Im Hinblick auf die Sache und in der Hoffnung, dass die Einsicht des politischen Gegenübers wachse, habe die SPD-Fraktion zugestimmt. Sie erwarte allerdings eine Darstellung durch kompetente Personen.

Kreistagsabgeordnete Wahle ist über das weitere Vorgehen, von dem sie sich eine bessere Einsicht erhoffe, erfreut. Der Vorwurf, Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen würden frühzeitig „aussortiert“, könne so nicht akzeptiert werden. Zur parteipolitischen Profilierung im Wahlkampf sei das Thema völlig ungeeignet.

Landrat Gerd Wiesmann führt aus, von den 120.000 schulpflichtigen Kindern mit Behinderungen würden 14.000 in Förderschulen und die übrigen integrativ beschult. Daher fange man nicht bei Null an. Zudem werde auch in den Förderschulen gute Arbeit geleistet. Der im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport verabredete Weg, sich zunächst intensiv und ohne Beschlusszwang mit der Thematik auseinanderzusetzen, sei richtig. Es gehe darum, jedem Kind, die ihm angemessene Förderung zukommen zu lassen.

Kreistagsabgeordneter Völkering betont, es gebe längst eine rechtliche Verpflichtung zu handeln. Der Eindruck, die SPD-Fraktion sei gegen Förderschulen, sei nicht richtig. Möglicherweise sei aber ein anderer Zuschnitt nötig.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., ist über den Wahlkampfvorwurf verärgert. Die Darstellungen ihrer Fraktion seien sachlich erfolgt. Darüber hinaus hätten auch die Eltern das Wohl des Kindes bei der Wahl der Schule im Blick. Die Quote der gemeinsamen Beschulung liege im

Kreis Borken bei nur 8,1 %, während die Nachbarkreise Coesfeld und Steinfurt 25 % erreichten.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp bittet angesichts der Einigkeit darüber, sich zunächst umfassend informieren zu lassen, Wortbeiträge jetzt zu verschieben.

Kreistagsabgeordneter Stilkenbäumer weist darauf hin, dass zu einer ganzheitlichen Betrachtung auch die Frage, wie die Betroffenen auf dem 1. Arbeitsmarkt integriert werden können, betrachtet werden müsse. Insofern sei auch der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit betroffen. Zudem sollte der Jugendhilfeausschuss beteiligt werden.

Kreistagsabgeordneter Fischer bittet, die Vorsitzenden der betroffenen Fachausschüsse bei der Auswahl der Fachleute miteinzubeziehen. Die Informationen sollten auch für alle Kreistagsabgeordneten zugänglich sein.

Landrat Gerd Wiesmann stellt schließlich Einvernehmen fest, alle Kreistagsabgeordneten zu der Veranstaltung einzuladen. Die Gestaltung im Einzelnen solle der Verwaltung überlassen bleiben. Anregungen von Kreistagsabgeordneten, insbesondere zur Auswahl der Referenten, sollten dabei berücksichtigt werden.

Punkt 12: Ideen und Kreativität im Kreis Borken
Antrag der UWG-Fraktion vom 28.05.2009
Vorlage: 0141/2009

Berichtersteller/in: Stv. Fraktionsvorsitzender Richard Temminghoff

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., unterstreicht, es ginge nicht darum, die vielen bereits bestehenden guten Vereine neu aufzulegen, sondern insbesondere um eine Beratung für Einzelkämpfer, die neu hinzukommen und viel bewegen wollen.

Landrat Gerd Wiesmann stellt – wie bereits im Kreisausschuss am 18.06.2009 – Einvernehmen fest, vor einer weiteren Beratung der Thematik zunächst den Erfahrungsbericht des Projektes „Engagiert für Engagierte“ im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit abzuwarten.

Punkt 13: Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit der Regio Achterhoek
Antrag der UWG-Fraktion vom 28.05.2009
Vorlage: 0142/2009

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzender Heinrich Weddeling

Kreistagsabgeordneter Weddeling erklärt, der im Kreisausschuss geänderte Beschlussvorschlag sei nichtssagend. Er habe sich eigentlich gewünscht, dass das grenzübergreifende Aktionsprogramm wieder mit Elan angegangen werde.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, der neue Beschlussvorschlag sei wörtlich und nicht als Floskel zu verstehen. Dann sei man hier nicht auseinander.

Beschluss: einstimmig

Der Kreis Borken trägt dazu bei, die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Niederlanden weiterzuentwickeln und zu intensivieren.

Punkt 14: Anteilsverhältnisse der Kreise Borken und Coesfeld an der Sparkasse Westmünsterland - anstehende Satzungsänderung

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner vom 01.06.2009**
Vorlage: 0150/2009
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2009**
Vorlage: 0161/2009
 - **Antrag der UWG-Fraktion vom 03.06.2009**
Vorlage: 0170/2009
-

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper und Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
Stv. Fraktionsvorsitzender Richard Temminghoff

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, der Antrag von der Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN und von dem Kreistagsabgeordneten Jens Steiner gehe von falschen Voraussetzungen aus. In der kommenden Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Westmünsterland am 30.06.2009 stehe kein Satzungsbeschluss über die Änderung der Anteilsverhältnisse auf der Tagesordnung. Die Satzungsänderung, über die zu beschließen sei, sei mit dem novellierten Sparkassengesetz notwendig geworden. Die entsprechende Sitzungsvorlage sei den Kreistagsabgeordneten heute noch einmal als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden. Vor dem Beschluss über die Änderung der Anteilsverhältnisse im Jahr 2005 sei der Kreistag ausführlich informiert worden. Der Kreistag habe damals von seinem Weisungsrecht gegenüber den Mitgliedern der Zweckverbandsversammlung keinen Gebrauch gemacht. Der Zweckverband habe die Satzungsänderung dann am 27.06.2005 einstimmig beschlossen. Über den aktuellen Stand sei in späteren Sitzungen des Zweckverbandes berichtet worden. Anzeichen, den Beschluss zu überdenken, habe es nicht gegeben. Nach Kenntnis des Schreibens vom ehemaligen Sparkassendirektor habe er unmittelbar die Prüfungsstelle beim Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverband als gesetzlichem Prüfungsverband für Sparkassen um eine Überprüfung des Sachverhalts gebeten. Nach dem Prüfergebnis sei die Änderung der Anteilsverhältnisse selbst bei heutiger Betrachtung der Lage von 2005 sachgerecht gewesen. Auf seine Bitte werde der Leiter des Prüfungsamtes im nicht-öffentlichen Teil der Zweckverbandsversammlung am 30.06.2009 ausführlich berichten. Auch der Leiter der Innenrevision der Zweckverbandssparkasse werde für Fragen zur Verfügung stehen. Er sehe daher aktuell keinen Anlass, den damaligen, gültigen Beschluss neu zu überdenken. Über das Ergebnis in der Zweckverbandsversammlung, ob das Anteilsverhältnis, wie 2005 beschlossen, gerechtfertigt sei, werde er dem Kreistag berichten.

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt, die Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN und er würden den sachlichen Vortrag des Landrats begrüßen und seien mit dem weiteren Vorgehen einverstanden. Im Kreisausschuss sei der Vorwurf geäußert worden, die Diskussion schädige dem Ansehen der Sparkasse Westmünsterland. Seiner Ansicht nach müssten derartige Fragen gegenüber einer Bank in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft aufgeworfen werden dürfen. Die Sparkasse Westmünsterland leiste unbestreitbar gute Arbeit.

Landrat Gerd Wiesmann betont, die Kritik beziehe sich allein auf die inakzeptable, reißerische Weise, mit der die Presse eingeschaltet worden sei. Ein legitimer Weg wäre zum Beispiel gewesen, Erkundungen über die Sparkasse Westmünsterland einzuholen oder die Thematik für die nächste Sitzung der Zweckverbandsversammlung anzuregen.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., gibt dem Kreistagsabgeordneten Steiner in der Sache Recht, als über die Thematik gesprochen werden dürfe. Allerdings sei der Kreistagsabgeordnete Steiner ein „Meister“ darin, zurückzurudern und seine Meinung zu ändern. Die Beratung in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2009 habe der Sparkasse Westmünsterland

nicht geschadet. Mit einer Berichterstattung in der Zweckverbandsversammlung am 30.06.2009 sei ihre Fraktion einverstanden.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., erklärt für die UWG-Fraktion ebenfalls Einverständnis zu dem vorgeschlagenen weiteren Vorgehen.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin kritisiert, hier sei viel Aufregung herbeigeführt worden, ohne sich vorher kundig zu machen. Dies bedaure er auch für die anderen Banken, die in der Zeit der Finanzkrise schon sowieso – zu Recht – kritisch beäugt würden.

Kreistagsabgeordneter Steiner entgegnet, das Problem sei nicht völlig falsch getroffen worden, auch wenn in einem Punkt ein Irrtum vorgelegen habe. Es sei wichtig, die Anteilsverschiebung zu hinterfragen, da hierüber im politischen Raum keine Klarheit herrsche.

Kreistagsabgeordneter Tönnies kritisiert, Ziel des Kreistagsabgeordneten Steiner sei ein „Aufgalopp“ der Presse gewesen.

Kreistagsabgeordnete Welper bittet den Kreistagsabgeordneten Tönnies, derart inakzeptable, persönliche Angriffe zu unterlassen. Es sei unklar, welcher Schaden durch die Verschiebung der Anteilsverhältnisse tatsächlich entstanden ist und es gebe ein Recht darauf, dies zu erfahren. Das Vorgehen erinnere sie an die Aufklärung der Zinsgeschäfte der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH im letzten Jahr.

Landrat Gerd Wiesmann antwortet, Kreistagsabgeordnete Welper sei selbst Mitglied der Zweckverbandsversammlung. Sie habe über vier Jahre lang immer wieder Gelegenheit gehabt, ihren Informationsrückstand aufzuarbeiten. Die jetzige Beschwerde sei daher nicht akzeptabel. Er stellt Einvernehmen fest, dass sich alle Anträge erledigt haben.

- Punkt 15: Jahresabschluss 2006; Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 08.06.2009; Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses**
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2009**
Vorlage: 0167/2009
 - **Antrag von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und dem Kreistagsabgeordneten Jens Steiner**
Vorlage: 0172/2009

Berichterstatter/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte/ Kreistagsabgeordneter Friedhelm Weikamp
Stv. Fraktionsvorsitzender Dietmar Eisele/ Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, er habe wegen des Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht jetzt Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. Kürzlich seien nicht-öffentliche Sitzungsunterlagen und Einzelheiten aus einer nicht-öffentlichen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses dem Bocholt-Borkener-Volksblatt zugespielt worden. Strafanzeige zu stellen, sei Tenor im Kreisausschuss am 18.06.2009 gewesen und angesichts des moralisch verwerflichen Vertrauensbruches, der zugleich ein gravierender Rechtsvorstoß sei, auch seine Pflicht. Die Unterstellungen im Kommentar des Bocholt-Borkener-Volksblattes vom 24.06.2009 weise er entschieden zurück. Weder gebe es im Kreishaus „ominöse, geheime Zirkel“, noch käme der Kreistag seiner gesetzlichen Überwachungsfunktion nicht nach. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe hier ja gerade auf eine Problematik aufmerksam gemacht, die der parlamentarischen Kontrolle unterliege.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht zum Jahresabschluss 2006, siehe **Anlage 2**. Ergänzend fügt er hinsichtlich Punkt 3 des Antrags der SPD-Fraktion hinzu, die Kreisverwaltung habe ein Gutachten zur Buchungsorganisation in Auftrag gegeben.

Kreistagsabgeordneter Weikamp meldet sich als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses und teilt mit, zum 07.09.2009 werde wohl ein prüffähiger Jahresabschluss 2006 vorliegen. Er fühle sich im Übrigen nicht als Vorsteher eines „Geheimzirkels“. Geärgert habe ihn darüber hinaus die Indiskretion, aber auch die Kritik an den Prüfern, denen gegenüber für die sorgfältige Arbeit vielmehr Dankbarkeit ausgesprochen werden sollte. Das jetzige Prüfsystem habe sich bewährt. Persönlich unterstütze er es, die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses künftig öffentlich zu führen, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen zuließen.

Kreistagsabgeordneter Ahold erklärt, auch er unterstütze den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner und kritisiere den Vertrauensbruch.

Kreistagsabgeordneter Tönnes moniert, selbst aus der Sitzung des Ältestenrats am 05.06.2009 sei öffentlich berichtet worden. Alle Kreistagsabgeordneten müssten sich an die selbst gegebene Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken halten. Beim Erstellen der Vorlage müsse zudem auch der Verfasser die Brisanz im Auge behalten. Seine Fraktion habe über die künftige Öffentlichkeit in Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses sehr kontrovers diskutiert. Mehrheitlich werde sie befürwortet.

Kreistagsabgeordneter Peschkes teilt mit, der lange Vortrag von Kreisdirektor Werner Haßenkamp erwecke bei ihm Skepsis. Die Umstellung sei offenbar nicht mit der nötigen Sorgfalt erfolgt. Bei insgesamt 37.000 unklaren Buchungsposten hätte man früher reagieren müssen.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., unterstreicht, die Probleme seien nicht früh genug benannt worden. Die Politik hätte zur Lösung mit beitragen können. Entgegen der Äußerung des Kreistagsabgeordneten Tönnes treffe den Vorlagenersteller keine Schuld. Denn er müsse sich darauf verlassen können, dass die Verschwiegenheitspflicht eingehalten werde. Das Gutachten zur Buchungsorganisation treffe nicht ganz den Kern des Anliegens ihrer Fraktion, weshalb sie den Punkt 3 des Antrags aufrecht erhalte. Der Punkt 2 sei erledigt und den Punkt 1 nehme sie zurück. Sie bitte um Darstellung der Kosten für die Wirtschaftsprüfung des Jahresabschlusses 2006 einerseits und für das in Auftrag gegebene Gutachten zur Buchungsorganisation andererseits.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp beziffert letztere auf etwa 10.000 EUR. Über die Kosten für die Wirtschaftsprüfung des Jahresabschlusses 2006 werde er im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss informieren.

Kreistagsabgeordneter Schnappenberger erklärt, im Rechnungsprüfungsausschuss sei große Sacharbeit geleistet worden. Mit den stets bereitwillig gegebenen Antworten seitens der Verwaltung sei er persönlich sehr zufrieden. Nicht hingegen mit der derzeitigen Buchungssituation.

Kreistagsabgeordneter Steiner kritisiert, er sei nicht mit der Art und Weise einverstanden, wie über die Schwierigkeiten berichtet worden sei. Die Probleme dürften überdies nicht nur bei Dritten gesucht werden. Viele andere Kommunen, die die Umstellung zeitgleich im Jahr 2006 angegangen seien, könnten inzwischen einen Jahresabschluss vorweisen. Das Anliegen der SPD-Fraktion, eine externe Untersuchung der Gründe zu beschließen, finde seine Unterstützung nicht. Im Gegenteil sei nun wichtig, den Blick nach vorne zu richten. Er bitte, entsprechend des Beschlusses über den Antrag der UWG-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 (Antrag Nr. 11-01) über das Gutachten zur Buchungsorganisation zu berichten.

Kreistagsabgeordneter Schöning erklärt, er sei sehr dankbar für die deutliche Sprache, die die Vorlage im Rechnungsprüfungsausschuss gefunden habe. Er wolle die Problematik nicht beschönigen, weise aber auf die schwierige Materie mit immer neuen Vorschriften zur Herangehensweise hin. Eine Ursachenforschung, wie von der SPD-Fraktion vorgeschlagen, bringe den Kreis Borken hier nicht voran. Am 07.09.2009 wolle er mit dem Jahresabschluss 2006 endlich abschließen.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert, die hervorgerufene Skepsis wegen der Länge des Berichts habe ihn verwundert. Er habe zum einen versucht, die Rahmenbedingungen deutlich zu machen. Zum anderen habe er zu den öffentlich diskutierten Punkten den aktuellen Sachstand geben wollen. Hinsichtlich der Ursachen sei er dabei schon sehr konkret geworden. Er habe auch nie versucht, die Fehler nur bei anderen zu suchen, sondern vielmehr Fehler bei der Kreisverwaltung eingestanden. Der Kreis Borken habe für den ersten Jahresabschluss einen sehr hohen Level angesetzt. Diesem gerecht zu werden, koste nun viel Aufwand und Zeit.

Kreistagsabgeordnete Pohl, Zurhausen, Schnappenberger, Stilkenbäumer und Büscher erklären, es sei nicht sachgerecht den Rechnungsprüfungsausschuss in eine öffentliche und nicht-öffentliche Beratung zu teilen. Daher würden sie dem Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner nicht zustimmen.

Kreistagsabgeordneter Ballenthin weist auf die Regelungen der Absätze 5 und 6 des § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken (GeschO KT) zum Ausschluss der Öffentlichkeit hin, die unberührt blieben.

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, R., teilt mit, er befürworte den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner.

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses hin, die gegenüber dem Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner um folgende Sätze ergänzt worden sei: *Der § 27 Abs. 3 lit. b) der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken (GeschO KT) wird gestrichen. Der jetzige § 27 Abs. 3 lit. c) GeschO KT wird zum § 27 Abs. 3 lit. b) GeschO KT.*

Kreistagsabgeordneter Schöning bemerkt, so würde wegen § 27 Abs. 2 lit. b) und Abs. 3, letzter Satz GeschO KT beschlossen, dass die Tagesordnung des Rechnungsprüfungsausschusses sowie die Entscheidung darüber, welche Punkte im Rechnungsprüfungsausschuss öffentlich und welche nicht-öffentlich zu behandeln sind, nach Benehmen mit dem Landrat festzusetzen sei bzw. erfolge. Für den Rechnungsprüfungsausschuss, der gerade in der Pflicht stehe, den Landrat zu kontrollieren, sei dies unsinnig.

Landrat Gerd Wiesmann sieht dies genauso und schlägt vor, den § 27 Abs. 2 lit. b) und Abs. 3 letzter Satz GeschO KT wie folgt zu ändern: *„Die Tagesordnung der Ausschusssitzung setzt der/ die Vorsitzende des Ausschusses fest. Dies erfolgt mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses nach Benehmen mit dem Landrat/ der Landrätin.“* und *„Der/ Die jeweilige Ausschussvorsitzende entscheidet unter Beachtung der vorstehenden Regelung bei der Festsetzung der Tagesordnung darüber, welche Punkte öffentlich und welche nicht-öffentlich zu behandeln sind. Dies erfolgt mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses nach Benehmen mit dem Landrat/ der Landrätin.“*

Er stellt hierüber Einvernehmen fest und lässt dann zunächst über den **Punkt 3** des Antrags der SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0167/2009**, abstimmen:

Beschluss : 13 Ja-Stimmen
41 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag insoweit abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über den geänderten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner, **Sitzungsvorlage Nr. 0172/2009**, abstimmen:

Beschluss: 39 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses werden, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen zulassen, in Zukunft öffentlich. Der § 27 Abs. 3 lit. b) der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken (GeschO KT) wird gestrichen. Der jetzige § 27 Abs. 3 lit. c) GeschO KT wird zum § 27 Abs. 3 lit. b) GeschO KT.

Der § 27 Abs. 2 lit. b) letzter Satz GeschO KT wird wie folgt geändert: „Die Tagesordnung der Ausschusssitzung setzt der/ die Vorsitzende des Ausschusses fest. Dies erfolgt mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses nach Benehmen mit dem Landrat/ der Landrätin.“

Der § 27 Abs. 3 letzter Satz GeschO KT wird wie folgt geändert: „Der/ Die jeweilige Ausschussvorsitzende entscheidet unter Beachtung der vorstehenden Regelung bei der Festsetzung der Tagesordnung darüber, welche Punkte öffentlich und welche nichtöffentlich zu behandeln sind. Dies erfolgt mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses nach Benehmen mit dem Landrat/ der Landrätin.“

Punkt 16: Auswirkungen der Finanzkrise im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2009
Vorlage: 0171/2009

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert ausführlich die Auswirkungen der Finanzkrise im Kreis Borken.

Auf Bitte der Kreistagsabgeordneten Schulte, U., sagt er zu, die Zahlen und Fakten zu Protokoll geben, s. **Anlage 3**.

Punkt 17: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 18: Anfragen

Punkt 18.1: Auswirkungen der Krise innerhalb WestLB auf das operative Geschäft der Sparkasse Westmünsterland
Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2009
Vorlage: 0168/2009

Berichtersteller/in: Stv. Fraktionsvorsitzender Hans-Theo Peschkes/
Kreistagsabgeordneter Gerhard Ludwig

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die Antwort der Verwaltung vom 18.06.2009 hin, die allen Kreistagsabgeordneten am 19.06.2009 per Post zugeschickt worden sei. Zu den Zusatzfragen, die der Kreistagsabgeordnete Peschkes in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2009 gestellt habe, führt er aus, der Verwaltungsrat der Sparkasse Westmünsterland habe empfohlen, keinen Maßnahmen zuzustimmen, die zu einer zusätzlichen Belastung der Sparkasse aus der Beteiligung des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes (WLSGV) an der WestLB führen könnten. Das Oberverwaltungsgericht Münster habe in einem Urteil bestätigt, dass die Verbandsversammlung des WLSGV Beschlüsse fassen könne, die ihre Mitglieder hierzu verpflichteten. Mündlich seien aber insoweit Grenzen gesetzt worden, als die Inanspruchnahme die Sparkasse nicht in unzulässiger Weise in ihrer Geschäftstätigkeit einschränken dürfe.

Punkt 18.2: Rettungswagen auf dem interkommunalen Bauhof in Gescher-Estern/Nordvelen

Kreistagsabgeordnete Seidensticker-Beining fragt, warum am vergangenen Sonntag, 21.04.2009, gleich mehrere Rettungswagen auf dem interkommunalen Bauhof in Gescher-Estern/ Nordvelen gestanden hätten.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick erklärt, aktuell seien vier neue Rettungswagen in den Dienst gestellt worden. Die alten Wagen befänden sich auf dem Bauhof, weil zwei von ihnen nach einer Überprüfung weiter als Reservefahrzeuge zur Verfügung stehen würden.

Punkt 18.3: Feststellungsklage der FDP-Fraktion gegen den Landrat des Kreises Borken vom 29.06.2009/ Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Wenningfeld

Kreistagsabgeordneter Schöning teilt mit, er werde die angekündigte Klage auf Feststellung, dass seine Fraktion sowie er selbst in den Sitzungen des Kreisausschusses am 26.03.2009 bzw. des Kreistags am 02.04.2009 beim Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes „Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Wenningfeld“ in ihren bzw. seinen Mitgliedschaftsrechten verletzt wurde, jetzt beim Verwaltungsgericht Münster einreichen.

Punkt 18.4: Zinsgeschäfte der Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH (EGW)

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick antwortet auf die von der Kreistagsabgeordneten Lindenhahn in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.06.2009 gestellte Frage, das Strafverfahren, das im Rahmen der Ermittlungen zu den Zinsgeschäften der EGW eingeleitet worden sei, sei nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden. Rechtlich dürfe er keine detaillierten Angaben machen.

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 19: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 20: Anfragen

keine

Landrat Gerd Wiesmann schließt die Sitzung um 20:55 Uhr.

Gerd Wiesmann

Ramona Bülsing